

Freie Wähler im Landkreis Böblingen e.V. • Kreistagsfraktion
Thomas Sprißler • Marktplatz 5 • 71083 Herrenberg

Vorsitzender Kreistagsfraktion

Thomas Sprißler

Marktplatz 5

71083 Herrenberg

Tel.: 07032/ 924-222

Fax: 07032/ 924-365

E-Mail: ob@herrenberg.de

www.freiewaehler.de

19.11.2018

Stellungnahme der Freien Wähler zum Haushalt 2019/Haushaltsrede

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes,
liebe Kolleginnen und Kollegen Kreisräte,
Vertreter der Presse ...

„Es gelingt, wonach man ringt.“

So, sehr geehrter Herr Landrat, haben Sie Ihre Haushaltsrede beschlossen.

Zu diesem Gelingen kann man ja auf zwei Arten kommen: Entweder ringt eine Seite die andere nieder, oder beide kommen sich ein Stück entgegen und finden eine gemeinsame Position. Es ist schön, zu wissen, dass wir im Landkreis Böblingen und in diesem Gremium in der Regel nicht auf Kraftmeierei aus sind, sondern eine gemeinsame Mitte finden können.

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam die richtigen und wichtigen Dinge für die Menschen im Landkreis Böblingen bewegen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass wir uns auf die Kernaufgaben konzentrieren. Wir bieten unsere Unterstützung dabei an, die begonnene Aufgabenkritik fortzusetzen. Eine der wichtigsten Aufgabenfelder will ich aus Sicht der Freien Wähler nun kurz umreißen.

„Die Zukunft unserer Kinder ist auch unsere Zukunft“

(Sven Olof Palme, ehemaliger Ministerpräsident Schwedens)

Bildung und Digitalisierung

Um diese Zukunft zu gestalten, führt kein Weg am Thema Digitalisierung vorbei. Mit dem Zentrum für Digitalisierung haben wir im Kreis ein wichtiges Signal gesetzt: Es geht voran! Wir unterstützen diesen Weg.

Die **Digitalisierung ist auch im Bildungsbereich** ein existenzieller Faktor. Projekte wie Lernfabrik 4.0 halten wir für vorbildlich und unterstützen dies gerne. Die Ausstattung der Schulen mit der nötigen IT-Infrastruktur ist eine Herkulesaufgabe für Kreis und Kommunen, die nicht ohne finanzielle Unterstützung von Landesseite bewältigt werden kann.

Infrastruktur

Immobilien-Strategie

Wir sehen die Gebäudeanalyse, die jetzt zunächst an einigen Schulen exemplarisch vorgenommen wurde, als Grundlage für das weitere Vorgehen und für die Gesamtstrategie zur Sanierung des Gebäudebestands.

Wir weisen jedoch bereits heute eindringlich darauf hin, dass auch bei den Städten und Gemeinden im Landkreis Böblingen ein Sanierungstau besteht. Nicht nur, aber vor allem bei den Schulgebäuden.

Auch hier reden wir ziemlich sicher über **dreistellige Millionenbeträge**. Deshalb muss die Immobilienstrategie des Landkreises in der Ausarbeitung ein hohes Maß an Ausgewogenheit erreichen und unbedingt das Prinzip der **Machbarkeit** berücksichtigen. Bei der Erweiterung des Landratsamtes bitten wir um frühzeitige Abstimmung und Genehmigung der Bedarfe, auch unter Berücksichtigung der angeforderten Analyse zu mobilen Arbeitsplätzen.

Abfall-Wirtschaft

Die Kooperationen im Bereich des Restmüllheizkraftwerks, sowie der Verarbeitung von Biomüll begrüßen wir ausdrücklich. Die Gebührenänderung zum Jahreswechsel, die heute noch auf der Tagesordnung steht, tragen wir mit. Wir sagen jedoch auch sehr deutlich, dass wir im kommenden Jahr eine Überprüfung der jeweiligen Gebühren erwarten - insbesondere unter dem Aspekt der **Quersubventionierungen einzelner Bereiche** wie zum Beispiel der Leerungsgebühren für die Wertstofftonne zum 1.1.2020.

Erd- und Bauschuttdeponie

In der laufenden Amtszeit werden wir sicher keine abschließende Standortentscheidung für die neue Erddeponie im Kreis treffen. Obwohl sich alle Beteiligten dem Grunde nach einig sind, dass wir zeitnah eine neue Erddeponie im Landkreis benötigen, um weite Wege für tausende LKW zu vermeiden, kommen die Beratungen nur sehr schleppend voran.

Damit die seitherige Arbeit der Projektgruppe nicht ganz umsonst war, sollten die Kriterien noch **von uns beschlossen** werden. Es sei denn, es tun sich konkrete Angebote im Kreis auf, was aus Gesprächen durchaus möglich erscheint, die den Bedarf decken können, so sind diese intensiv zu prüfen.

Mobilität

Bei der **Mobilität** als einem der zentralen Zukunftsthemen für unseren Kreis sehen wir, dass manche richtige Entwicklung in Gang gekommen ist und sich Perspektiven auftun. Die Förderung des Radverkehrs greift Raum, hat aber noch viel Potenzial.

VVS-Tarifreform

Die Tarifzonen-Reform des VVS hat tatsächlich den Begriff Reform verdient, das werden die Fahrgäste ab April 2019 vielfach spüren. Das ist gut so! Wir im Kreis werden die **Auswirkungen auf unseren Haushalt** ebenso spüren und wir stehen zu dieser Entscheidung. Aber: Die Freien Wähler sprechen sich gegen die Einführung eines Sozialtickets als weitere Freiwilligkeitsleistung im Landkreis aus. Der Landkreis sollte **nicht als Ausfallbürge** für die Aufgaben des Bundes einspringen.

Gäubahn

Bei der Gäubahn beantragen wir, über die geplanten Bauarbeiten im Zusammenhang mit Stuttgart 21 informiert zu werden und aufgezeigt zu bekommen, aus welchen Gründen und in welchen konkreten Zeiträumen die Fernzüge der Gäubahn am Bahnhof Stuttgart-Vaihingen enden sollen, wie mehrfach zu lesen ist.

Hermann Hesse Bahn

Wir danken für die erfolgreichen Verhandlungen des Härtefallantrags für die Stadt Weil der Stadt im Zuge der geplanten Hermann-Hesse-Bahn, nicht zuletzt Ihnen Herr Landrat.

Ich möchte klar feststellen: Uns geht es keinesfalls darum, neue Hürden bei oder für die HHB aufzubauen, wie manche suggerieren. Uns geht es darum, als Verantwortungsträger für den Landkreis Böblingen guten Gewissens sagen zu können, dass auch die **Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Böblingen profitieren**, oder zumindest keine Nachteile haben.

Wir in der Region Stuttgart wollen das Rückgrat des ÖPNV, die S-Bahn, möglichst optimal ausbauen. Alle möglichen Störeinflüsse darauf müssen vermieden werden.

Wenn, wie das Gutachten des VRS zeigt, eine in Aussicht stehende Lösung mit einer Verstärker-S-Bahn im Zwischentakt der S6 möglich ist, wäre das eine mehrfache **Win-Win-Situation**:

- Es können weitere bis zu 9.000 Fahrgäste dem ÖPNV zugeführt werden

- Die Hermann-Hesse-Bahn hat die Chance einer Wirtschaftlichkeit auch von Calw bis Weil der Stadt
- Der Landkreis Calw wird an das S-Bahn-Netz der Region Stuttgart ab Weil der Stadt angeschlossen
- Millionen an Steuergeldern können eingespart werden
- Die Bevölkerung würde diese neue Lösung akzeptieren – kontroverse Auseinandersetzungen rund um die Hermann-Hesse-Bahn würden damit erledigt sein und weiter vermieden werden

Eine **sinnvolle Lösung**, die viele Zukunftsoptionen eröffnet, wäre eben eine Hermann-Hesse-Bahn bis Weil der Stadt, von der dann alle profitieren. Dieser Vorteil für alle ist nur derzeit noch nicht konform mit den Förderkriterien. **Lassen Sie und alle daran arbeiten!**

Soziales

Kliniken

Wir unterstützen den Campus-Gedanken für die Kliniken in Leonberg und Herrenberg und fordern hier weiterhin den engen Austausch mit den jeweiligen Städten und den niedergelassenen Ärzten. Mit den jüngsten Entscheidungen zu den Chefarzt-Posten haben wir gute Akzente gesetzt, die sich **innerhalb des Medizinkonzeptes** bewegen, was enorm wichtig ist.

Wir alle hören es immer wieder: die größte Herausforderung in den nächsten Jahren ist die **Gewinnung von Fachkräften**. Das gilt für Ärzte aber noch viel mehr für die Pflegekräfte. Auch der Wohnungsmangel ist ein gewichtiges Hindernis, wenn wir gutes Personal davon überzeugen wollen, zu uns zu kommen – darauf gehe ich später noch weiter ein.

Neue Wege wollen wir auch bei der Vergabe für den Neubau des Flugfeld-Klinikums gehen. Das vorgestellte **Partnering-Verfahren** scheint einen guten Weg aufzuzeigen, die Balance zwischen Chance und Risiko bei diesem Großprojekt zu halten.

Bundesteilhabegesetz

Das Bundesteilhabegesetz wird schrittweise in den Jahren 2019 und 2020 wirksam werden und Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben, die sich heute noch nicht endgültig abschätzen lassen. Allein die Prognosen bei der Eingliederungshilfe machen deutlich, dass der Landkreis hier vor einer sozialen Herausforderung steht.

Landesheimbauverordnung

Im Jahr 2019 endet die 10-jährige Frist zur Anpassung der Ausstattung von Pflegeplätzen in den stationären Einrichtungen. Wir appellieren an die Landkreisverwaltung, die gesetzlich möglichen Ausnahmemöglichkeiten bestmöglich zu nutzen und in den Verfahrenswegen großzügig zu sein. Wir werden mit der Fortschreibung des Pflegeplans sicher bald das Delta an Plätzen erfahren.

Schaffung von Wohnraum

Wie vorhin beim Thema Personalgewinnung schon angedeutet, ist der Wohnraum zu einem der **zentralen Standortfaktoren** in unserer Region geworden und nicht zuletzt eine der **größten sozialen Fragen** unserer Zeit.

Wohl wissend, dass die SPD-Fraktion bereits für den Haushalt 2017 zu diesem Thema einen Antrag stellte, möchten wir unterstreichen, dass wir als Kreis bei diesem Thema nicht weit genug gekommen sind.

Der Landkreis muss eindeutig **noch mehr aus der „Moderatorenrolle“ heraus** und selbst aktiv werden. Der Landkreis verfügt über eigene Immobilien, die leer stehen oder ungenutzt sind. Eine weitere wertvolle Ressource sind die Flächen in Kreisbesitz, die bebaubar sind oder zusammen mit den Städten und Gemeinden entwickelt werden können.

Handeln statt prüfen und zeitnah Antworten auf diese drängende Frage finden, das fordern wir von der Verwaltung. Zum Beispiel bei der Zusammenarbeit mit privaten Bauträgern und Investoren.

In manchen Fällen – wenn die Sanierung der Bausubstanz extrem aufwändig ist und im Kreishaushalt nicht mehr wirtschaftlich darstellbar – empfiehlt sich so eine Kooperation geradezu. Es gibt hier in der Region Unternehmen, die dafür prädestiniert sind. Die Frage, ob das Gebäude privatisiert wird, oder eine Investition in Erbpacht erfolgt kann im Einzelfall als Alternative geprüft werden. Wichtig ist aber, dass wir neue Wege beschreiten und solche Kooperationen eingehen.

Deshalb:

1. Aktivierung der leerstehenden Bestandsgebäude.
2. Darstellung der Potentialflächen und Stand der Gespräche mit der jeweiligen Kommune. Unsere Kraft und Engagement sollte dort wirken, wo Kommunen schnell entwickeln können.

Finanzen

Stellenplan

Leider fehlt beim Stellenplan die vergleichende Darstellung mit dem Vorjahr, damit eine transparente Stellenentwicklung erkennbar wird, die unsere Fraktion schon mehrfach eingefordert hat, ebenso wie eine Begründung der neuen Stellen, genauso wie eine Info, die die tatsächliche Besetzung mit Beamten oder Tarifangestellten aufzeigt.

Hier fordern wir schlichtweg mehr Transparenz.

Liquidität

Die Landkreisverwaltung hat die abgeschmolzene Liquidität als kritisch dargestellt.

Gerade deshalb darf die Liquidität nicht weiterhin durch eine **automatische Übertragung** an den Eigenbetrieb Klinikgebäude reduziert werden.

Die Liquidität wurde massiv abgebaut. Allerdings wird dies im Haushaltsplan **nicht ehrlich** dargelegt. A.o. Tilgungen, die Anlage eines Bausparvertrags mit Einzahlung von 13,4 Mio. €, eine a.o. Überweisung an den Eigenbetrieb Klinikgebäude von 7 Mio. € aus dem Jahresergebnis 2017 sowie die nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen bspw. in 2017 über 11,0 Mio. € bei gleichzeitiger a.o. Tilgung in gleicher Höhe haben hierzu geführt.

Verwendung der Überschüsse

Die Verwaltung hat im VFA eine Ergebnisverbesserung in 2018 von 11,8 Mio. Euro in Aussicht gestellt, wir gehen davon aus, dass die tatsächliche Ergebnisverbesserung noch höher ausfallen wird.

Dieser Überschuss ist ja **kein Einzelfall**. In den vergangenen Jahren wurden jeweils erhebliche Überschüsse im Kreishaushalt erzielt. Damit hätte die Kreisumlage grundsätzlich je **deutlich geringer** festgesetzt werden können.

Die Überschüsse wurden zu großen Teilen dem Eigenbetrieb Krankenhäuser zugeführt. Die **Rücklagen** des Eigenbetriebs Klinikgebäude belaufen sich inzwischen **auf 64,9 Mio. Euro**. Zusätzlich wurde 2018 ein **Bausparvertrag über 30 Mio. Euro** abgeschlossen und einbezahlt.

Da nun in absehbarer Zeit mit dem Beginn des Neubaus des Flugfeldklinikums und der Sanierung der Häuser in Leonberg und Herrenberg zu rechnen ist, sollten diese Investitionen nachhaltig **über langfristige Darlehen finanziert** werden. Dies entspricht auch dem Gedanken der **Generationengerechtigkeit** der Finanzierung, da die Gebäude langfristig genutzt werden sollen.

Wir fordern daher einen jeweils **separaten Beschluss zur Verwendung der Überschüsse**.

Kreisumlage

Da auch in den Städten und Gemeinden erhebliche Sanierungs- und Investitionsrückstände in Schulen, Kindergärten, Straßen und sonstige Infrastruktur vorhanden sind, von den Investitionskosten zur Schaffung von Kita-Plätzen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs und den daraus resultierenden laufenden Kosten ganz zu schweigen, ist es unabdingbar, die Kreisumlage in einem **ausgewogenen Verhältnis** zwischen Kreis und Kommunen festzusetzen.

Wir haben in unserem Antrag dargestellt, dass ohne ins Detail zu gehen über 10 Mio Euro „Puffer“ bestehen. Rund 6,4 Mio sind für einen Prozentpunkt Kreisumlage notwendig.

Wir beantragen daher die Kreisumlage im Haushalt 2019 **auf 32,0 Prozentpunkte** festzusetzen.

Dadurch können Sie, sehr geehrter Herr Landrat ihr **Versprechen einlösen**, den Städten und Gemeinden wenigstens einen **Teil der Ergebnisverbesserungen zurückzugeben**.

Ganz im Sinne des Ringens um die beste Lösung, die Sie in ihrer Rede zitiert haben. Konzentration auf die Kernaufgaben. Denn

„Wer sich leicht ablenken lässt, muss viele Umwege in Kauf nehmen“ (Ernst Festl)

Dank an

- Landrat Roland Bernhard
- Kreiskämmerer und Mitarbeiter
- Die Kolleginnen und Kollegen im Kreistag

Ich wünsche uns allen eine gute Beratung des Kreishaushalts 2019 und möchte dafür an das Motto erinnern, unter dem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seinen Antrittsbesuch in Sachsen gestellt hat, und das auch für unsere Beratung ein gutes Leitmotiv ist:

„Unterschiede aushalten. Streit wagen. Demokratie leben.“

Er hat dazu ausgeführt:

„Demokratischer Streit funktioniert nicht als moralisierendes Pingpong zugespitzter Extrempositionen. Demokratischer Streit muss nicht auf Emotion und Leidenschaft verzichten, aber er braucht die Bereitschaft zur Vernunft und die Konzentration auf Problemlösung“

... in diesem Sinne, lassen Sie uns streiten, lassen Sie uns ringen und möge uns ein guter Kreishauhalt 2019 gelingen.